

Psychologische Aspekte politischer Apathie

Autor(en): **Bretscher, Georges**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Psychologische Aspekte politischer Apathie

Um es gleich vorwegzunehmen: Wir beschränken uns im folgenden auf einige der wesentlichsten Aspekte politischer Teilnahmslosigkeit unter den Rahmenbedingungen einer bürgerlichen Demokratie. Die erste Beschränkung drängt sich aus naheliegenden Gründen auf: Die Problematik ist derart vielschichtig, dass man Bände darüber füllen könnte. Die zweite Einschränkung müssen wir uns vor allem deshalb auferlegen, weil entsprechende Forschungsergebnisse aus feudalistischen, totalitären, sozialistischen oder kommunistischen Staaten weitgehend fehlen.

Unter «politischer Apathie» verstehen wir einen individuellen Zustand, der durch einen hohen Grad von gefühls- und handlungsmässigem Abseitsstehen gesellschaftlichen Problemstellungen gegenüber gekennzeichnet ist. Dieser Zustand manifestiert sich bei jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich explizit als «nicht politisch» bezeichnen oder implizit apolitisch wirken und dementsprechend auch kaum am politischen Leben im weitesten Sinn teilnehmen. Ihr Hauptinteresse richtet sich fast ausschliesslich auf die sogenannte «private Sphäre» und ihr Verständnis von «Öffentlichkeit» ist bestenfalls in dem Mass politisch, als sie von dieser Öffentlichkeit – verkörpert durch «den Staat», Parteien oder Interessengruppen – eine Garantie der eigenen privaten Sphäre erwarten. Dieses Denkschema, die Trennung von Privatheit und Gesellschaft auf der einen, Politik und Staat auf der anderen Seite dürfte eines der wesentlichsten Merkmale bürgerlicher Staatsauffassung überhaupt bilden.

Entwicklungspsychologische Hintergründe politischer Apathie

Dass die ersten Lebensjahre, ja -monate, im Leben des Menschen eine eminente Rolle für die Weiterentwicklung seiner Persönlichkeit spielen, ist heute unbestritten und dürfte weitgehend bekannt sein. So müssen wir denn auch die Wurzeln politischer Apathie, die Schaffung ihrer Voraussetzungen, in diesem Bereich suchen.

Ein Kleinkind ist in jeder Beziehung von seinen Betreuern, in der Regel also von seinen Eltern abhängig. Diese natürliche Unselbständigkeit und Entscheidungsunfähigkeit begünstigt automatisch die Vorstellung «allmächtiger» Vater- oder Muttergestalten. Im Laufe der Zeit werden die elterlichen Verbote und Gebote übernommen, sie bilden den Grundstock des sogenannten «Überich» oder «Gewissens», dessen Funktion in der Kontrolle und Bekämpfung spontaner, egoistischer Triebregungen besteht. Das mit der Bewusstwerdung des Individuums allmählich entstehende «Ich» hat sich sowohl mit den «primitiven» Bedürfnissen als

auch mit den Ansprüchen der ethischen Instanz, dem «Überich» auseinanderzusetzen. Die Möglichkeiten, eigene Triebwünsche ausleben zu können und die Ausprägung des bewertenden «Überich» bestimmen die Stärke des «Ich», das heisst dessen Fähigkeit, mehr oder weniger unterschwelliges Erziehungserbe und primäre Bedürfnisse kritisch zu bewältigen und in Denkweisen oder Handlungen einer autonomen Persönlichkeit umzusetzen. Hier schliesslich werden Entwicklungsstörungen in Form von infantilen Abhängigkeiten, gehemmter Kritikfähigkeit, mangelndem Selbstbewusstsein, verkümmelter Kreativität, Unfähigkeit zur Austragung von Konflikten, in einem allzu raschen Abgeben von Verantwortung manifest. In Erscheinungen also, die in auffallender Weise mit sozialer und politischer Apathie korrelieren.

Die Ausdrucksformen solcher «Ich-Schwäche» lassen sich grob zusammenfassen in Gefühlen individueller Bedeutungslosigkeit, im Vorhandensein kompensatorischer Allmachtsphantasien und in einer Konzentration individuellen Tuns auf konfliktarme, ichbezogene Beschäftigungen. Im Hinblick auf eine enger verstandene politische Apathie bedeutet dies soziale Abkapselung, Flucht in materielles Konsumverhalten, bedenkenloses Sich-Einordnen in autoritäre Strukturen und Unfähigkeit zu partnerschaftlicher Kooperation. Die bürgerliche Unterscheidung von Staat und Privatsphäre findet hier ihr Pendant: Das Individuum ist nicht in der Lage, eigenes, «privates» Tun als Bestandteil eines gesamtgesellschaftlichen Tuns zu betrachten. Eine die ganze Lebenshaltung durchdringende soziale Haltung ist unterentwickelt oder nur teilweise vorhanden.

Erziehungspraktiken und ihre Auswirkung

Schon bei dieser groben Skizzierung der Persönlichkeitsentwicklung muss ins Auge springen, welche eminenten Rolle die Erziehung, das Milieu spielt, in der ein Mensch heranwächst. Es sind weniger die formalen Bildungsfaktoren (wie beispielsweise die Qualitäten des Schulunterrichts) oder die eigentlich intellektuellen Lernprozesse, die das Sozialverhalten bestimmen. In dieser fortgeschrittenen Entwicklungsphase erfolgt in der Regel nur eine Bestärkung oder Schwächung dessen, was auf den Frühstufen der Persönlichkeitsentwicklung seinen Niederschlag gefunden hat. Grundlegende Einstellungsmuster können später meist nur zum Teil und unter grossem Aufwand modifiziert werden. Unter diesem Aspekt ist daher die verbreitete Meinung irrig, politische Apathie lasse sich am wirksamsten in unseren Schulen bekämpfen. Zusammenfassend lässt sich sagen: Wer in seinen ersten Lebensjahren stark in der Entwicklung seiner Ich-Autonomie gehemmt worden ist, bringt die schlechtesten Voraussetzungen für ein partnerschaftlich-kooperatives Sozialverhalten und damit für eine aktive Rollenübernahme in einer «Demokratie der Teilnahme» mit.

Auch Fälle ausgeprägt nicht-apatthischen Verhaltens nehmen den beschriebenen Regeln der Persönlichkeitsentwicklung ihre Allgemeingültigkeit nicht. Bei vielen aktiven Demokraten, sozial verantwortlich handelnden Mitbürgern oder gar «Vollblutpolitikern» steht die staatsbürgerliche Tätigkeit auf einer wackligen Grundlage. Ihr Verhalten kann durchaus eine Folge späterer, rein intellektueller Entwicklungsphasen sein. Oft dringt neben dem politischen Aktivismus mehr oder weniger unverhüllt beispielsweise eine infantile Pflege von «Vaterfiguren» in Gestalt von bewunderten Vorbildern oder in der vorbehaltlosen Akzeptierung ideeller Gebilde durch. Als besonders problematisch erweist sich auch ein auffallendes Karrierestreben als Folge früherer Entsagungen.

Ein wesentliches Moment weist das entwickelte Modell der Persönlichkeitsentwicklung in gewisse Schranken und nimmt ihm seine Simplizität: Das ganze Sozialisationsgeschehen der ersten Lebensjahre wird massgeblich von äusseren Gegebenheiten determiniert. Materielle Faktoren oder die Position der Erziehungspersonen im Arbeitsprozess müssen unweigerlich auf die Erziehungspraktiken und die Art der vermittelten Normen durchschlagen. So stehen beispielsweise Kindern aus der sogenannten «Oberschicht» grundsätzlich mehr Voraussetzungen zur Entwicklung des Selbstbewusstseins zur Verfügung. Ihr Bezugsfeld ist materiell abgesichert, ihre Bezugspersonen sind gesellschaftlich besser integriert und organisiert. Dem Individuum, das unter solchen Bedingungen heranwächst, steht somit a priori besseres «Demonstrationsmaterial» zur Verfügung. Auf eine eingehendere Betrachtung solcher *struktureller* Einflüsse auf die Persönlichkeitsbildung müssen wir hier jedoch aus Platzgründen verzichten, auch wenn diese Problematik von grösster Tragweite ist.

Thesen zur Verminderung politischer Apathie

So wenig sich im vorliegenden Rahmen entwicklungspsychologische Hintergründe des politischen Abseitsstehens detailliert und fallbezogen ausleuchten lassen, so wenig lässt sich hier ein allgemeingültiger und umfassender Katalog von Handlungsanweisungen zusammenstellen. Ein derart kompliziertes und umfassendes Problem ist im Rahmen eines kurzen Aufsatzes nicht zu bewältigen, ausser man bringe – wie dies leider oft getan wird – eine Liste von Patentrezepten zu Papier.

Politische Apathie ist ja ein unerschöpfliches Gesprächsthema auf dem politischen Parkett. Je nach dem Standort des jeweiligen Votanten sind die entsprechenden Klagelieder jedoch mit Vorsicht zu geniessen. Eine Entpolitisierung der Bevölkerung kann selbstverständlich durchaus erwünscht sein, sei es zum Beispiel aus elitäristischen, technokratischen oder anarcho-syndikalistischen Gründen. Stabilitätstheoretiker mögen ein gewisses Mass an politischer Apathie als nötig erachten. Für die Sozialdemokratie kommt als Ziel sicher nur ein möglichst umfassender Abbau

einer breit zu verstehenden politischen Apathie in Frage. Aber wie so oft löst auch hier das «Wie?» Ratlosigkeit aus. Zwar liegt ein breites Spektrum gutgemeinter Ratschläge vor. Es reicht vom Postulat des politischen Partizipationszwanges bis zur These, dass unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen am besten überhaupt nichts unternommen werden solle. Auf welchen Standpunkt man sich auch immer stellt, das Ziel einer politisch fühlenden, denkenden und handelnden Gesamtbevölkerung kann – einmal abgesehen von nötigen strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen – nur über einige unausweichliche psychologische Hürden erreicht werden. Entsprechend unserer thematisch begrenzten Betrachtung des Problemkomplexes beschränken wir uns wiederum auf einige wichtige entwicklungspsychologische Aspekte.

Im Zentrum der individuellen Sozialisation – des Hineinwachsens in die Gesellschaft – muss die Stärkung des «Ich» stehen. Nur von einer Persönlichkeit, die ihre primären, «egoistischen» Bedürfnisse mit denjenigen einer sozialen Gruppe optimal abzustimmen vermag, können wir bewusst soziale Verantwortlichkeit erwarten. Es liegt auf der Hand, dass die Herausbildung einer derartigen, stabilen Ich-Autonomie nur in einem entsprechenden Erziehungsklima Chancen hat. Als Erziehungsmittel dient dabei in erster Linie das alltägliche Vorleben (oder «Vorbild») partnerschaftlicher sozialer Organisation, was konsequenterweise auch die soziale Partizipation des Kindes in sich schliesst. Selbstverständlich beruht diese soziale Teilnahme jeder Entwicklungsstufe entsprechend auf verschiedenen Schwerpunkten. Es wäre verfehlt, das Einüben sozialer Organisierung erst für jene Altersjahre als relevant zu betrachten, in denen intellektuelle Einsicht erwartet werden kann. Soziale – und damit auch politische – Teilnahme bedarf einer soliden emotionalen Grundlage. So wichtige Erziehungsziele wie gefühlsmässige Beziehungsfähigkeit, genügend Selbstvertrauen und die Vermeidung von Minderwertigkeitsgefühlen sind nicht Ergebnisse von Denkprozessen, sondern im wesentlichen Eigenschaften, deren Grundsteine in den ersten Lebensjahren gelegt werden. Der notwendige, «festigende» verstandesmässige Überbau kann sich erst später entwickeln. Die sukzessive Ausformung einer breit zu verstehenden Beziehungsfähigkeit führt als einziger Weg zu jener echten, weil als selbstverständlich empfundenen Verschmelzung von «privater» und sozialer, «politischer» Sphäre.

Allerdings, das sei hier nochmals betont, stehen diesem idealen Entwicklungsprozess etwelche Hemmnisse struktureller und ökonomischer Natur im Weg. Autoritäre Familienstrukturen, ein in seiner Evolution bekämpftes überaltertes Schulsystem, finanzielle Sachzwänge im näheren Umfeld des Individuums, unverständliche Regierungs- und Verwaltungsakte usw. stellen Bildungsverantwortliche zuweilen vor unlösbare Probleme, nötigen sie zu Kompromissen oder zu Versuchen, das Ziel auf Umwegen zu erreichen.